



Antrag

der CDU Fraktion

Gegen Rechtsextremismus – für ein tolerantes Schleswig-Holstein

Der Landtag von Schleswig-Holstein wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag verurteilt jegliche Form von Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt gegen Minderheiten.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Vorfälle initiiert der Landtag von Schleswig-Holstein eine parteiübergreifende Kampagne unter dem Motto “Gegen Extremismus – für ein tolerantes Schleswig-Holstein”, welche die Auseinandersetzung mit den Ursachen und Formen, insbesondere rechtsradikaler Gewalt, kontinuierlich und dauerhaft in allen gesellschaftlichen Bereichen begleiten soll.

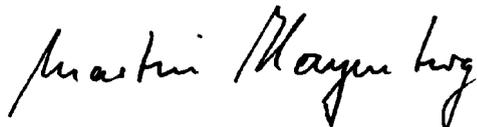
Ziele sind hierbei die Bekämpfung der sozialen Ursachen gewalttätigen Handelns, die Stärkung toleranter und humanitärer Gesinnung, die Förderung von Zivilcourage sowie die Überwindung der Kultur des “Wegsehens” und “Weghörens” in unserer Gesellschaft.

Wir benötigen dabei starke Familien, in denen die Grundlagen für ein verträgliches menschliches Miteinander gelegt werden, das alltägliche humanitäre und tolerante Engagement von selbstbewussten Bürgern in der Schule, am Arbeitsplatz, in den Vereinen und allen anderen Lebensbereichen. Dabei ist die aktive Bürgergesellschaft genauso gefordert wie eine wehrhafte Demokratie, die ihre Bürger nicht alleine lässt.

Hierzu stellt der Landtag von Schleswig-Holstein fest:

- Niemand darf wegen seiner Behinderung, Herkunft, Hautfarbe, Sprache, seines Glaubens, seiner ethnischen Zugehörigkeit oder sexuellen Orientierung diskriminiert werden. Diskriminierungen, ob offen oder versteckt, müssen entschieden bekämpft werden.

- Die Politik muss sich offen und vorbehaltlos den Sorgen und Nöten der Menschen stellen und den sozialen Ausgleich und den Abbau sozialer Benachteiligungen verfolgen. Gerade die Ausländer- und Asylpolitik muss dabei von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen werden.
- Die Bekämpfung des Extremismus und aktuell besonders des Rechtsextremismus und seiner Ursachen sind weder durch kurzfristigen Aktionismus noch durch blindes Verleugnen erfolgreich zu bewerkstelligen. Nur durch ein breit angelegtes konzeptionelles und langfristiges Arbeiten in allen gesellschaftlichen Feldern sowie durch konsequentes staatliches Handeln wird es möglich sein, den Gefahren extremistischer Tendenzen zu begegnen und demokratische Strukturen zu stärken.
- Die inhaltliche Auseinandersetzung und die konsequente Bekämpfung jeglicher Form von Extremismus und Gewalt ist nicht nur die Aufgabe politischer Entscheidungsträger auf allen Ebenen unseres politischen Systems – sie muss auch und gerade ein Anliegen aller demokratisch denkenden Menschen und handelnden Personen sein.
- Die jetzt wieder zutage getretenen vielfältigen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus erfordern geeignete Gegenmaßnahmen, welche zusammen mit gesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen im Alltagsleben umgesetzt und weiterentwickelt werden. Extremismus und Gewalt werden um so weniger um sich greifen können, je breiteren Raum starke demokratische Strukturen in unserer Gesellschaft einnehmen und es gelingt, in unserer Gesellschaft ein Klima für mehr Demokratie und Toleranz zu erzeugen.



Martin Kayenburg
und Fraktion